der Reichs- und Landesregierung wählen zu müssen. Sie dürfen regelmäßig alle ihnen gegebenen Anweisungen als gesetz- und verfassungsmäßig zulässig ansehen, und müssen sie demnach beachten. Aber der gute Wille allein tut's nicht. Früher hörte man manchmal die resignierte Bemerkung: „Wem Gott ein Amt gibt, dem gibt er auch den Verstand." Das war früher nicht richtig und ist es heute ebensowenig. Denn erstens kann man heute von einer Gottähnlichkeit der die Beamten berufenden Staatspräsidenten und Minister ganz sicher nicht sprechen, und dann haben diese wohl kaum Verstand abzugeben, brauchen vielmehr den vorhandenen Vorrat dringend für den eigenen amtlichen Bedarf. Der Beamte muß also das Maß an Verstand, das sein Amt erfordert, selbst mitbringen. Dabei genügt keineswegs der sogenannte gesunde Menschenverstand, dessen Verteidiger damit im allgemeinen nur ihren eigenen Mangel an Fach- und Sachkenntnis dokumentieren. Erfreulicherweise aber steht auch die Reichsverfassung auf dem Standpunkt, daß alle Staatsämter nur nach den Grundsätzen der Befähigung der Anwärter für die besonderen Aufgaben, die zu erfüllen sind, besetzt werden sollen: Damit ist klargestellt, daß die Besetzung nach parteipolitischen statt nach sachlichen Gesichtspunkten mit der Reichsverfassung unvereinbar ist.

Aber wesentlich für den Inhalt des Beamtenverhältnisses ist die Befähigung des Beamten nicht. Sie ist nur eine Ursache für das Vertrauen von seiten des Staates, das im übrigen auf dem Treugelöbnis des Beamten beruht. Seinen äußeren Ausdruck findet es in dem Diensteid, der heute auf die Verfassung geleistet wird, während er früher dem Monarchen zu leisten war. Hierin könnte man einen sehr erheblichen Unterschied zwischen der früheren und der heutigen Beamtenstellung erblicken. Das ist aber nicht der Fall, denn schon Friedrich der Große bezeichnete sich als den ersten Diener seines Staates. So hat sich bei uns schon unter der Monarchie die Ueberzeugung herausgebildet, daß das Staatsamt nicht an die Person des Monarchen, sondern an den Staat gebunden ist, so daß der Diensteid weder für die Entstehung noch für die Fortdauer des Beamtenverhältnisses maßgeblich war. Heute verlangt zwar das Gesetz den Eid auf die Reichsverfassung und erklärt den sich weigernden Beamten aller Rechte für verlustig. Aber dieser Eid verlangt nur etwas ganz Selbstverständliches, denn jeder Beamte ist an sich schon durch die Anstellung zur Beachtung aller für ihn in Betracht kommenden Gesetze (einschließlich Reichs- und Landesverfassung), Verordnungen und Anweisungen seiner Vorgesetzten verpflichtet. Der Beamte steht auch sonst dem Reich oder seinem Lande nicht anders gegenüber als früher. Für das Wohl der Gesamtheit der Volksgenossen, für das große Deutsche Reich oder das engere Heimatland hat er nach besten Kräften zu arbeiten, nicht für die jeweiligen Mitglieder, Regierungsmitglieder oder den derzeitigen Staatspräsidenten. Diese sind Beamte wie er, wenn sie auch den Staat vertreten und vermöge ihrer besonderen Stellung sich auch sonst wesentlich von den übrigen Staatsbeamten unterscheiden. Sie alle aber eint der Gedanke, selbstlos dem Vaterlande zu dienen, das Wohl der Gesamtheit zu fördern. Ich kann nicht finden, daß irgendwelche grundsätzliche Unterschiede zwischen der heutigen und der früheren Stellung des Beamten zum Staat sich aus der Veränderung der Staatsform ergeben. Wir dienten dem Vaterlande früher und dienen ihm heute nach besten Kräften. Von den meisten Beamten seines Landes wußte der König früher persönlich ebenso wenig wie heute der Staatspräsident. Auch deshalb ist heute das Treuverhältnis des Beamten zum Staate inhaltlich kein anderes als früher.

Aber auch die Fürsorgepflicht des Staates gegenüber seinen Beamten hat sich grundsätzlich nicht geändert. Die preußischen Könige waren strenge, oft harte Herren, sie verlangten viel und gaben dafür nur kärglichen Sold. Nicht anders war es in den übrigen Bundesstaaten. Und doch fand man überall in Deutschland ein fleißiges, tüchtiges, bescheidenes und zufriedenes Beamtentum. Das lag wohl nicht nur in der Liebe zum angestammten Herrscherhaus begründet, sondern darin, daß der Beamte sich einer durch Rang und Titel, Orden und Ehrenzeichen bevorzugten Stellung bei einem auf Jahrzehnte hinaus berechenbaren sicheren Einkommen erfreute. Die äußeren Zeichen der bevorzugten Stellung sind gefallen, Titel und Orden gibt es nicht mehr. Aber die Ehrenstellung des Beamten an sich ist geblieben. Freilich ist diese Betrachtungsweise in unserer materialistischen Zeit stark in den Hintergrund gedrängt. Man hört je nachdem von der glänzenden Besoldung oder von der Not der Beamten reden, interessiert sich also wesentlich nur für Gehaltsfragen. Hier befindet der Staat sich heute in einer besonders schwierigen Lage. Ehrlich muß es gesagt werden, daß diese Schwierigkeiten an sich mit der Staatsform nichts zu tun haben. Die traurigen Folgen des Versailler Friedensdiktats, unser Währungselend und unsere unerfreuliche Finanzlage darf man der augenblicklichen Staatsform nicht in die Schuhe schieben. Aber sicher ist, daß Reichstag und Regierung mit den feierlich in der Verfassung anerkannten wohlerworbenen Rechten der Beamten wiederholt derart frei umgegangen sind — und in den einzelnen Ländern ist es nicht viel anders —, daß sich weiter Kreise der Beamtenschaft eine ernste Beunruhigung bemächtigt hat, sicherlich zum Nachteil der Amtsgeschäfte. Arbeitsfreudigkeit kann man nur von einem auskömmlich besoldeten Beamten erwarten.

Heute herrscht der gute alte Beamtengeist trotz einiger aus politischen Rücksichten eingedrungenen Fremdkörper noch immer. Möchten Staatsregierung und Beamtenschaft, jeder an seinem Teil, dafür sorgen, daß das so bleibt. Sonst fällt die festeste Stütze des Reiches, die in den Stürmen der Zeit nicht entbehrt werden kann.

Der Reichsindex.

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung) beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts für Montag, den 29. Oktober, auf das 13 671 millionenfache der Vorkriegszeit. Die Steigerung gegenüber der Vorwoche (3045) Millionen beträgt demnach 349 Prozent.

Die Steigerung der Lebenshaltungskosten.

Im Oktober das 339 fache gegenüber September.

Die Steigerung der Lebenshaltungskosten ist im Verlauf des Oktobers wiederum stärker gewesen als die monatsdurchschnittliche Erhöhung des Dollarmittelkurses (in Berlin). Während die Dollargoldmark von 23,5 Millionen Mark im Septemberdurchschnitt auf 6 Milliarden Papiermark im Durchschnitt des Oktobers, d. h. um 25 451,5 %, hinaufging, stieg der Lebenshaltungskostenindex der „Industrie- und Handels-Zeitung" von 14,59 Millionen auf den 4,96milliardenfachen Vorkriegsstand (1913/14 = 1), was somit eine monatsdurchschnittliche

Steigerung von 33 882 %

bedeutet. Damit ist also nicht nur eine volle Angleichung der Haushaltungskosten an den äußeren Kaufkraftverlust der Mark vor sich gegangen, sondern es hat sich darüber hinaus wiederum eine weitere Annäherung der Lebenshaltungskosten an ihr Goldniveau vollzogen, wie ohne weiteres die Aufwertung der Papiermarkzahlen auf Dollargold (über die Dollarmeßziffer) nachweist. Die Monatsdurchschnittszahlen des Lebenshaltungskostenindex über die entsprechenden Dollargoldmarkkurse auf Gold reduziert ergeben eine Steigerung von 31 im Januar auf 39 im Juli, auf 48 im August, auf 62 im September, auf 82,5 im Oktoberdurchschnitt. Für die Meßziffer der Ernährungskosten ergibt sich die noch stärkere Angleichung an das Dollargoldniveau von 38 im Januar auf 62 im Juli, auf 63 im August, auf 84 im September, auf 116,7 % des monatsdurchschnittlichen Dollarkursniveaus, im Oktoberdurchschnitt, wobei berücksichtigt werden muß, daß die Lebenshaltungskosten in den Vereinigten Staaten auf 170 % und die Ernährungskosten auf 145 % derjenigen der Vorkriegszeit stehen.

Der Lebenshaltungskostenindex der „Industrie- und Handels-Zeitung" stieg von 14 593 195 auf 4 961 250 317, der Ernährungskostenindex von 19 694 109 auf 7 018 863 282, was eine Erhöhung um 35 539 % ausmacht

Paritätische Preisnotierungskommissionen.

Der Gewerkschaftsbund der Angestellten schreibt uns:

Bei der katastrophalen Lage des Lebensmittelmarktes ist es unerträglich, daß die Preisnotierungskommissionen für die wichtigsten Lebensmittel einseitig aus Vertretern der Produzenten zusammengesetzt sind. Der Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände hat sich daher an das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft mit der Forderung gewandt, für Milch und Butter in Berlin, Hamburg, Köln und Kempten i. Allg. paritätische Kommissionen aus Produzenten, Händlern und Verbrauchern zu bilden und dem Vorsitz eines Beamten zu unterstellen.

Die Kürzung der Pensionen.

Ein höherer Beamter schreibt uns:

Der Artikel „Falsche Sparsamkeit" in Nr. 499 gibt zu folgenden Bemerkungen Anlaß: Zunächst ist es richtig, daß wie die Gehälter der aktiven Beamten auch die Pensionen im Monat Oktober, insbesondere in den letzten Oktoberwochen völlig unzureichend waren und selbst bei bescheidenster Lebenshaltung zur Bestreitung des notwendigsten Unterhalts nicht ausreichten. Erst durch die am 26. Oktober erfolgte Erhöhung der Meßzahl auf 2 031 000, deren Wirkungen sich aber erst Ende Oktober äußern können — die Teilzahlung am 27. Oktober konnte aus Mangel an Zahlungsmitteln größtenteils nicht stattfinden — sind die Pensionen der Geldentwertung einigermaßen angepaßt. Die Pension eines Bataillonskommandeurs mit Frau und einem Kind, der 28 pensionsfähige Dienstjahre hat, beträgt bei einem Dollarstande von 65 Milliarden nunmehr rund 168 Goldmark.

Wenn man die neuen Kürzungsvorschriften objektiv würdigen will, muß man folgendes berücksichtigen. Der Staat kann an sich seinen Beamten und Offizieren nur Pension gewähren, wenn sie dienstunfähig sind. Sind sie dies wirklich, so werden sie auch nach der Pensionierung aus gewinnbringender Beschäftigung keine sehr erheblichen Einkünfte mehr beziehen können. Erzielen sie dieses trotzdem, so wird es in der Regel mit der Dienstunfähigkeit nicht so schlimm gewesen sein. Auch bisher wurden die Pensionen schon gekürzt, wenn der Pensionär im Reichs-, Staats- und Kommunaldienst wieder beschäftigt wurde, und zwar insoweit, als das neue Diensteinkommen zusammen mit der Pension das frühere Diensteinkommen überstieg. Bei einem Pensionär mit einer Pension von 2000 Millionen, dessen Diensteinkommen nach den jetzigen Sätzen bei der Pensionierung z. B. 3000 Millionen betragen würde, der im Reichsdienst wieder verwendet wird und ein Gehalt von 2500 Millionen erhält, wird die Pension um 1500 Millionen gekürzt, so daß sein Einkommen 3000 Millionen beträgt.

Nach den neuen Bestimmungen sollen diese Kürzungsvorschriften jetzt auf alles Einkommen aus gewinnbringender Beschäftigung, also auch solcher im Privatdienst, freien Berufen usw., ausgedehnt werden, aber mit der Maßgabe, daß nur 50 % des neuen Einkommens gekürzt und auch nur insoweit gekürzt werden, als die Pension zusammen mit dem neuen Einkommen das alte Diensteinkommen übersteigt. Bei obigem Beispiel würde sich also folgende Berechnung ergeben: Pension 2000 Millionen und neues Einkommen 2500 Millionen = 4500 Millionen. Diese Summe übersteigt das frühere Diensteinkommen (3000 Millionen) um 1500 Millionen. Von diesen werden daher 50 % = 750 Millionen gekürzt, so daß das Einkommen des Pensionärs (2000 — 750) + 2500 = 3750 ℳ beträgt. Darin wird man eine ungerechtfertigte Härte nicht erblicken können, zumal wenn man die finanzielle Lage des Staates berücksichtigt. Die Bezugnahme auf das Einkommen aus Gruppe VII Stufe 1 hat offenbar nur den Zweck, solchen Pensionären, die vor der Pensionierung ein niedrigeres Diensteinkommen als das der Gruppe VII Stufe 1 bezogen, mindestens das Einkommen aus Gruppe VII 1 ungekürzt zu belassen.

Von größter Bedeutung ist aber, daß bei der Durchführung der Bestimmungen zwei Punkte berücksichtigt werden. Einmal müssen die Verwaltungskosten im richtigen Verhältnis zu den beabsichtigten Ersparnissen stehen, und ferner müssen Härten für die Pensionäre unbedingt vermieden werden.

Es ist daher nicht zweckmäßig, die Kürzung der Pension monatlich dem Nebeneinkommen anzupassen, wie das lange Zeit bei Kürzung des Kinderzuschlags bei Kindern mit eigenem Einkommen geschah. Denn bei der häufig wechselnden Höhe des Einkommens würde die Beschaffung der erforderlichen Unterlagen und die jedesmalige neue Errechnung unverhältnismäßig viel Arbeit und Kosten für den Pensionär, dessen Arbeitgeber und die Pensionsbehörde erfordern und die rechtzeitige Zahlung der Pension gefährden. Es würde sich vielmehr empfehlen, die Kürzung entweder nach dem Durchschnitt des Nebeneinkommens eines längeren Zeitraums (mindestens eines Vierteljahrs) vorzunehmen, oder, wie es jetzt bei dem obenerwähnten Kinderzuschlag geschieht, für das laufende Vierteljahr das Einkommen des zweiten Monats des vorhergehenden Vierteljahrs zugrunde zu legen. Dies letztere hat den Vorteil, daß die erforderlichen Unterlagen für das Einkommen stets rechtzeitig beigebracht werden können und dadurch Verzögerungen in der Pensionsanweisung vermieden werden. Zu empfehlen wäre dabei, daß bei vorübergehender Nebenbeschäftigung, d. h. solcher, die drei Monate nicht übersteigt, von einer Kürzung überhaupt abgesehen würde.

Damit der Pensionär bei Aufhören der Beschäftigung sofort wieder in den Genuß der vollen Pension gelangt, müßte bestimmt werden, daß die Kürzung mit dem ersten Tage des Monats aufhört, in welchem die Beschäftigung endet. Nur wenn das Ende der Beschäftigung mit dem Monatsende zusammenfällt, hätte die Zahlung der vollen Pension erst am ersten Tage des auf die Beendigung folgenden Monats zu beginnen.

Aus den Parlamenten.

Die Neuregelung der Gewerbesteuer.

Der Ständige Ausschuß des Preußischen Landtags beriet über die Verordnung zur Neuregelung der Gewerbesteuer. Der Ausschuß beriet über die grundsätzlichen Richtlinien und ermächtigte einen Sonderausschuß, nach diesen Richtlinien die Notverordnung durchzuarbeiten. Der Ausschuß erklärte sich einverstanden damit, daß wie bisher die freien Berufe befreit sein sollen. Er beschloß, daß alle Genossenschaften einschließlich der Konsumvereine, welche bisher unter besonderen Voraussetzungen von der Gewerbesteuer frei waren, gewerbesteuerpflichtig werden sollen. Ferner nahm der Ausschuß grundsätzlich dahin Stellung, daß es wünschenswert sei bei einzelnen Gewerbetreibenden einen Abzug vom Ertrag zuzulassen, der dem Arbeitsverdienst des Geschäftsinhabers entspricht. Bei einem Handwerker, der ohne fremde Hilfskräfte arbeitet, soll ein derartiger Abzug auf jeden Fall stattfinden. Der Ausschuß soll auch in Erwägung ziehen, den Gemeinden bei der Regelung der Zuschläge auf einzelne Besteuerungsmerkmale freie Hand zu lassen.

Ferner nahm der Ständige Ausschuß die Verordnung zur Abänderung des Handelskammergesetzes an, wodurch die Hinausschiebung der Ergänzungswahlen um ein Jahr ermöglicht wird.

Reichswirtschaftsrat.

Vermögens- und Erbschaftssteuer.

Der Finanzpolitische Ausschuß des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats beschäftigte sich in zwei Sitzungen mit der Vermögenssteuer und Erbschaftssteuer im Rahmen des Gesetzentwurfs über wertbeständige Steuern und die Vereinfachung des Besteuerungsverfahrens. Angenommen wurde ein Antrag Frl, der die Reichsregierung ersucht, baldigst Maßnahmen zu treffen, daß in Fällen, in welchen die Existenz eines gewerblichen Unternehmers gefährdet erscheint, für diejenigen Arbeiten, für welche nachweisbar durch einen vor dem 1. September d. J. abgeschlossenen Lieferungsvertrag ein Preis für herzustellende Arbeiten vereinbart war, die Betriebsabgabe erlassen bzw. erstattet wird.

Der Finanzausschuß stimmte folgender Erklärung zu: „Der Reichswirtschaftsrat erachtet den von dem vorgelegten Entwurf beschrittenen Weg einer Teilabänderung einzelner Steuergesetze als nicht im Sinne einer geordneten Finanzwirtschaft liegend. Der Entwurf könne nur als ein kurzes Provisorium bis zum 31. Dezember 1925 zugelassen werden. Bei der Vermögenssteuer müßten die Ausführungsbestimmungen zum mindesten dem Reichswirtschaftsrat vorher vorgelegt werden. Wenn der Gesetzentwurf die Steuer nach dem Goldwert erhebt, müsse auch schnellstens die rechtliche Voraussetzung für die Goldbilanzierung geschaffen werden."

Die Kohlenversorgung der Reichsbahn.

Die Reichsbahnverwaltung hat kürzlich die Oeffentlichkeit darüber unterrichtet, daß die Meinung, man könne auf den Bezug englischer Kohlen verzichten, durchaus irrig sei. Von dem Bedarf kann zurzeit nur etwa ein Drittel an deutscher und polnischer Kohle zugewiesen werden. Es fehlen monatlich mehr als 700 000 Tonnen.

Aus diesen Ausführungen geht hervor, daß die Wärmewirtschaft bei der Reichsbahn auch heute noch das A und das O für die Erzielung eines wirtschaftlichen Betriebes ist, und daß die Beseitigung eines Defizits ohne durchgreifende Maßnahmen auf diesem Gebiete vollständig ausgeschlossen ist. Die Reichsbahn hat, wie wir bereits wiederholt betonen konnten, eine ganze Reihe erfolgreicher Maßregeln zur Einschränkung des Kohlenverbrauchs angewandt, leider hat jedoch die Oeffentlichkeit von diesen Arbeiten, die zur Verbesserung der Wärmewirtschaftsverhältnisse im Reichsbahnbetrieb unternommen wurden, in letzter Zeit nur wenig gehört. Der Umbau der Berliner Stadtbahnen für die elektrische Zugförderung geht beispielsweise nicht vorwärts, obwohl hierdurch etwa 100 000 To. Steinkohle gespart werden könnten. Auch die Unterrichtung der Oeffentlichkeit über die sonstigen wärmewirtschaftlichen Arbeiten, für deren Inangriffnahme seinerzeit im Reichsverkehrsministerium ein eigenes Referat geschaffen wurde, könnte in Anbetracht des für diese Fragen vorhandenen allgemeinen Interesses regelmäßiger und umfassender sein. Hoffentlich bewahrheitet sich das Gerücht nicht, daß derartige für die technisch-wissenschaftliche Weiterentwicklung der Reichsbahn unbedingt erforderlichen Institutionen, weil ihre Kontrolltätigkeit manchen Behörden höchst unerwünscht ist, unter der Bezeichnung „Beamtenabbau" abgeschafft werden.

G. S.

General Allens Tagebuch.

Von unserem Berichterstatter.

e. New York, 15. Oktober.

Im November soll das rheinische Tagebuch des amerikanischen Generals Henry T. Allen im Verlage der Houghton Mifflin Company in Boston erscheinen. Der Titel des umfangreichen Buches, das ursprünglich nur aus privaten Aufzeichnungen bestand, ist „My Rhineland Journal". Die Veröffentlichung beschränkt sich auf die Erfahrung des Generals während seines Kommandos über die amerikanischen Besatzungstruppen in Coblenz und Umgegend vom Juli 1919 bis Anfang 1923.

Ein scharfes Seitenlicht auf die politische Stellungnahme des letzten amerikanischen Rheinlandkommandeurs werfen zwei eben veröffentlichte Briefe, die kurz vor der endgültigen Abberufung des Generals Allen zwischen ihm und Roland W. Boyden, dem amerikanischen Beobachter in der Reparationskommission, gewechselt wurden.

Am 31. Januar dieses Jahres schrieb Herr Boyden in Paris an General Allen in Coblenz: „Wir vertreten beide fast denselben Standpunkt. Beide sympathisieren wir herzlich mit den Franzosen und würden gerne unser möglichstes tun, um ihnen zu ihren langversprochenen Reparationen und zu militärischer Sicherheit zu verhelfen. Weder Sie noch ich hegen die in Amerika so weit verbreitete Meinung, daß Frankreich kein so großes Heer braucht, oder daß man ohne Gewaltmittel vorwärts kommen kann; dagegen stimmen wir beide wohl darin überein, daß Frankreich in der Ausnützung seines Sieges und seiner Gewaltmittel jetzt zu weit geht, so daß es nicht nur den Weltfrieden, sondern auch seine eigenen Interessen gefährdet. Beide stimmen wir gewiß auch darin überein, daß die Vereinigten Staaten sich dieser Situation nicht gewachsen zeigten, insbesondere in den letzten Monaten. Wäre unsere Regierung in bestimmter Weise vorgegangen, hätte sich alles vielleicht noch zum Besseren gewendet. Auch wenn dies nicht der Fall gewesen wäre, war ein bestimmtes Vorgehen von jedem Gesichtspunkte aus unbedingt notwendig. Wir brauchen uns keine Vorwürfe zu machen. Wir taten beide unser bestes, unsere Regierung rechtzeitig zu unterrichten und zu warnen. Vielleicht kommt einmal der Tag, daß unsere Berichte gleichzeitig veröffentlicht werden. Dann können wir uns beide ins Fäustchen lachen."

General Allen antwortete darauf: „Man muß noch weiter zurückgreifen in der Verantwortung und in der Schuld, die wegen der jetzigen Lage Europas auf Amerika fällt. Hätten wir irgendeinen Vertrag ratifiziert — sagen wir einen bis zur Unkenntlichkeit veränderten Versailler Friedenspakt; denn Veränderungen wären uns sicherlich zugestanden worden —, dann hätte man das gegenwärtige europäische Chaos vermeiden können."

Schon am 16. Januar 1923 hatte General Allen in seinem Tagebuch folgendes geschrieben: „Die Ruhrfrage ist nun zu einer militärischen geworden. Von der homeopathischen Heilmethode springt man jetzt zur Chirurgie über. Meine Bemühungen, die verschiedenen interessierten auswärtigen Aemter zu einer Wiederaufnahme der Verhandlungen zu bewegen, wurden abgelehnt, nicht nur in Washington, sondern auch in Paris. Dies wurde mir gestern bedeutet in einer Kabeldepesche mit der Unterschrift „Hughes". Es mag sein, daß meine Anregung dem Staatssekretär als vorlaut erschien, aber die Sache, der zuliebe ich mir dies erlaubte, war den kühnen Schritt wert. Nach reiflicher Erwägung antwortete ich dem Staatssekretär mit einer Depesche dieses Inhalts: „Meine privaten und amtlichen Schritte wurden unternommen im Vertrauen auf die guten persönlichen Beziehungen, die zwischen mir und den höchsten Persönlichkeiten der hier vertretenen Regierungen bestehen, und in der Hoffnung, daß meine Bemühungen dazu beitragen möchten, unsagbares Elend von den Völkern Europas und insbesondere von ihren unschuldigen Frauen und Kindern abzuwenden."

Offenbar handelt es sich hier, wie schon so oft, um unüberbrückbare Meinungsverschiedenheiten zwischen einem menschlich fühlenden, wenn auch derben Soldaten an verantwortlicher Stelle im Auslande und einem kühl berechnenden, jedoch leider immer timiden Kanzleichef am grünen Tisch zu Hause.

Gewerblicher Rechtsschutz in Oesterreich.

Von **Dr. Otto.**

Das Genfer Sanierungsprogramm für die österreichischen Finanzen, das tunlichste Vereinfachung der staatlichen Hoheitsverwaltung erstrebte, hat auch das Wiener Patentamt nicht unberührt gelassen. Zwar ist die Gefahr, die eine Zeitlang bestand, gebannt, daß das patentamtliche Vorprüfungsverfahren, ein immerhin kostspieliger Apparat, den Ersparnisrücksichten zum Opfer fiel. Den am gewerblichen Rechtsschutz in Oesterreich interessierten Körperschaften, die übrigens im Laufe des Jahres eine „Ständige Delegiertenversammlung für gewerblichen Rechtsschutz" gebildet haben, ist es gelungen, die maßgebenden Kreise davon zu überzeugen, daß durch eine Aufhebung des Vorprüfungsverfahrens der österreichischen Volkswirtschaft ein kaum wieder gut zu machender Schaden erwachsen würde.

Die am 12. Juli 1923 erlassene Verordnung, die am 1. August in Wirksamkeit getreten ist, läßt dann auch die Vorprüfung im wesentlichen unangetastet. Das patentrechtliche Verfahren wurde insofern vereinfacht, daß die Vorprüfung, ähnlich wie im Deutschen Reich, nur in Ausnahmefällen durch die kollegial besetzte Anmeldeabteilung stattfindet; nämlich dann, wenn es sich um Zurückweisung der Anmeldung oder um Beschlußfassung über die Erteilung eines Patents nach Durchführung des Einspruchsverfahrens handelt. Sonst entscheidet der Vorprüfer selbständig. Ein formeller Beschluß auf Patenterteilung entfällt; das Patent gilt mit Ablauf der Einspruchsfrist als erteilt, wenn kein Einspruch erhoben und die erste Jahresgebühr rechtzeitig eingezahlt wurde.

Prioritätsbelege brauchen in Zukunft nicht mehr in allen Fällen, sondern nur dann vorgelegt zu werden, wenn die Feststellung des rechtzeitig beanspruchten Prioritätsrechts für die Erlangung des Schutzrechts oder für eine Entscheidung über das Schutzrecht maßgebend ist; das ist für Ausländer, die in Oesterreich Patente anmelden, eine bedeutende Erleichterung hinsichtlich der Schwierigkeiten und der Kosten. Die Gebühren wurden erhöht: Die Anmeldegebühr für ein Patent beträgt 100 000 Kronen, die Jahresgebühren für Patente steigen von 150 000 Kronen für das erste auf 2 250 000 für das 15. Jahr. Die Gebühr für die Eintragung oder Erneuerung einer Marke wurde auf 5000 Kronen erhöht.

Im Markenrecht fanden einschneidendere Vereinfachungen statt. Die bisher geübte Aehnlichkeitsprüfung, die allerdings nicht so weit ging wie das Widerspruchsverfahren des deutschen Warenzeichenrechts, sondern sich auf die Benachrichtigung der Parteien über verwechslungsfähige ähnliche Warenzeichen beschränkte, wurde aufgehoben. In Zukunft erfolgt von Amts wegen Aehnlichkeitsprüfung nur noch im Streitfalle.

Die neuen Posttarife.

Gültig ab 1. November 1923.

Sämtliche Beträge sind in Millionen Mk. angegeben.

Ohne Gewähr.

	Deutscher Ortsverkehr	Deutscher Fernverkehr	Ungarn, Tschechoslowakei	Ausland
Postkarten	10	20	90	120
Briefe b. 20 g	20	50	150	200
b. 100 g	30	70	550	600
b. 250 g	50	80	1350	1400
b. 500 g	60	90	2550	2600
Drucksachen bis 25 g	10		je 50 g 40	
„ 50 g	20			
„ 100 g	30			
„ 250 g	50			
„ 500 g	60			
„ 1000 g	70			
„ 2000 g	90			

Päckchen bis 1000 g 100, nur in Deutschland sowie nach Danzig und Memel zulässig.

Pakete: 1. Zone: bis 3 kg 250, 5 kg 350, 6—10 kg je Kilogramm 50 mehr, 11 kg 700, 12—20 kg je Kilogramm 100 mehr. 2. Zone: bis 3 kg 500, 5 kg 700, 6—10 kg je Kilogramm 100 mehr, 11 kg 1400, 12—20 kg je Kilogramm 200 mehr. 3. Zone: bis 3 kg 500, 5 kg 700, 6 kg 1200, 7—10 kg je Kilogramm 150 mehr, 11 kg 2100, 12—20 kg je Kilogramm 300 mehr.

Postanweisungen: bis 500 Millionen 20, 1000 Millionen 30, 5000 Millionen 50, 10 000 Millionen 60, 30 000 Millionen 80, 50 000 Millionen 100.

Zahlkarten, bar eingezahlt: bis 1000 Millionen 10, 5000 Millionen 20, 10 000 Millionen 30, 30 000 Millionen 40, 50 000 Millionen 50, über 50 000 Millionen (unbeschränkt) 60.

Rohrpostsendungen: innerhalb des Ortsverkehrs Groß Berlin für die Rohrpostkarte 120, für den Rohrpostbrief 140; Fernverkehr für die Rohrpostkarte 130, für den Rohrpostbrief 170.

Eilbestellung: im Ortsbezirk für Briefe 100, Pakete 150; im Landbezirk für Briefe 300, Pakete 400.

Im fremden Waffenrock.

Deutsches Schicksal.

Ein Brief von eines Kriegsfreiwill'gen Hand, der 1914 zu den deutschen Fahnen eilte, um seine Heimat Elsaß gegen Frankreichs Griff zu schützen. Heut ist er, wie er schreibt, in Frankreichs Heer Feldwebel und steht mit unsern Feinden an der Ruhr.

*

Nach schwerem Kampf im Osten. Verwundet fiel ein russischer Major in unsere Hände. Die beiden Beine sind ihm weggerissen. Liegt in der kleinen Bauernstube unter den Soldaten. Um Mitternacht läßt er den deutschen Kompagniechef rufen. Zu Ende geht's. Er hält das Bild von Frau und Kindern in der Hand und bittet in deutscher Sprache, den letzten Gruß an sie zu senden. Ein baltischer Baron.

*

Im Jahre 19, nach dem Umsturz. Im Kaffeehaus der kleinen Stadt der Altmark. Zwei Männerstimmen hinter mir erzählen Abenteuer von der Westfront. Ich wende mich. Amerikas Soldaten sind's von der zurzeit im Städtchen weilenden Mission. Sie tauschen Kriegserlebnisse im deutschen Mutterlaut, der Sprache dieses Landes, das mit den Waffen in der Hand sie jüngst zu Boden zwangen.

*

In Rom vorm Quirinal. Ein Trupp Soldaten, geführt vom Leutnant und vom Korporal. Gestalten groß und kräftig, nichts Italienisches in Aussehen und Haltung. Verstehen nicht die Worte des Offiziers, der ihnen von römischer Geschichte spricht. Doch unter ihnen fließt Red' und Antwort in deutscher Muttersprache: Rekruten aus Tirol. Die ewige Stadt hat einst vor längst vergangener Zeit vor ihren Ahnherrn gezittert.

*

Zu Prag im Kaffeehaus am Wenzelplatz. Das „Deutsche Haus" am Graben, vom tschechischen Pöbel ward es gestern erst gestürmt. Von allen Seiten klingt's in slawischen Lauten. Ein junger Fliegerhauptmann von der tschechischen Armee nimmt Platz am Nebentisch, bestellt in deutscher Sprache Kaffee und deutsche Zeitungen. Kellner, Nachbarn blicken unwirsch. Der Hauptmann in der Tschechenuniform spricht weiter Deutsch.

*

In Belgrad auf dem Bahnhof. Zwei serbische Soldaten steigen ins Abteil. Der Zug rollt übern Strom nach Norden in das flache Land. In eins der schwäbischen Dörfer vor der Hauptstadt will ich und finde in beiden Fahrtgenossen gute Führer. Denn ihre Sprach' ist auch die meine. Sie führen mich ins deutsche Heimatdorf.

*

Rumänisches Torpedoboot im Schwarzen Meer. Am Heck die blau-gelb-rote Trikolore. Der Kommandant hat mich als „Badegast" an Bord genommen zu kurzer Fahrt. Ein Siebenbürger Sachse ist's; einst dient' er unter Oesterreichs Banner. Erzählt in seiner Kammer mir von Deutschland und von längerm Aufenthalt in Kiel, den jäh der Kriegsausbruch ihm kürzte.

*

Bahnsteig in Tarnow. Der D-Zug Bukarest—Berlin hat kurzen Aufenthalt. Ein Polenkrieger mit dem Stahlhelm auf dem Haupt, das Bajonett auf dem Gewehr, geht auf und ab. Ich eil' an ihm vorüber hin zum Zug. Da plötzlich deutsche Rufe hinter mir. Der Kriegsmann ist's. Er reicht die Zeitung mir, die aus der Hand mir glitt. Spricht deutsch. Ein Volksgenoß aus Oberschlesien.

*

Ums Deutsche Reich die Völker waffenstarrend und bereit zu neuem Raub. In ihren Reihen deutsche Brüder, durch Schicksalsfügung, teils durch eigene Schuld in ihre Hand gegeben. Dieweil im Innern Zwist und Hader. Des deutschen Volks zweitausendjährige Tragödie.

B. D.

Das Schaffen Rudolf von Labans.

In den nächsten Tagen wird Rudolf von Laban zum ersten Male in Berlin einige seiner Tanzdichtungen aufführen. Ein allgemeines Wort über ihn ist daher am Platze.

Laban ist weder nur Tänzer noch nur Ballettmeister oder, wie man nach den Erfolgen seiner Schülerin Mary Wigman annehmen könnte, in erster Linie Tanzpädagoge. Er ist ein Erkennender, dem sich von Bewegung und Raumempfinden her das Weltbild erschlossen hat, und der dieses Erleben in tänzerischen Raumschöpfungen auswirkt. Wenn man seine „Welt des Tänzers", dieses eigenwilligste Tanzbuch unserer Tage, gelesen oder Vorträge Labans gehört hat, weiß man, daß er, der inmitten des künstlerischen Zeitringens lebt, an dem er aktiv und richtunggebend teilnimmt, auch in uralten Zeiten zu Hause ist, als ob er in ihnen gelebt hätte.

Es ist einfach, zu sagen, er hat die Perser Araber, Mexikaner und die anderen Kulturen studiert. — Gewiß hat er das getan, aber viele haben vor ihm diese Bildwerke und Zeichnungen, Schriftzeichen und Bilder gesehen und doch nicht den Schlüssel zu ihnen gehabt. Laban hat in dem Bewegungsmäßigen ein allgemein Verbindendes für sie alle gefunden, und sein praktischer Bewegungskanon, seine Raumharmonielehre, seine Choreographie hängt mit all diesen Dingen der Vergangenheit eng zusammen, ohne daß dies alles historisch gewonnen wäre. Das, was ihn zu einer zentralen Persönlichkeit im heutigen Tanzringen macht, ist die Tatsache, daß man von seiner Einstellung aus imstande ist, die Entwicklungslinie des Tanzes, die man bisher nicht ziehen konnte, bis in die Anfänge aufzuzeigen.

Der neue Tanz ist nicht mehr das vom Himmel gefallene Kind, sondern Schlußstein und Anfang zugleich: das Ende einer Entwicklung, an der das Ballett teilhat, und ein Beginn der Wiedererweckung des aus Raum geborenen Bewegungssinnes. Das Raumempfinden hat aber zugleich den materialistischen Beigeschmack verloren und ist wieder zu einem tiefinnerlichen, dem Religiösen zugänglichen Erleben, zum Quell eines Formungstriebs geworden, der innere Welten spiegelt.

Diese innere Welt konnte Laban aber nicht mit dem überkommenen, ganz materiell, mechanistisch und gefühlsmäßig eingestellten Gebärden- und Tänzerapparat erschließen. Er brauchte ein neues Instrument. Dem Ziel, dieses Instrument, die Tanzgruppe, zu schaffen, mußte ein [illegible]

Fritz Böhme.

Deutsche Graphik-Ausstellung im Haag. Im Haag, im Gebäude des „Kunstkring", ist jetzt eine große Ausstellung alter und neuer deutscher Graphik eröffnet worden. Die Bestände entstammen zum Teil den Berliner Museen, zum andern Teil sind sie eigens für die Haager Ausstellung zusammengestellt worden, um dort von der Größe unserer alten Schwarz-Weiß-Kunst und von den Bestrebungen unserer neuen Graphik ein Bild zu geben. Auch diesmal ist Geheimrat Waetzoldt in Holland für die Ausstellung tätig gewesen.

Unbekannte Briefe Richard Wagners. Das Oktoberheft der Revue musicale, das Wagner et la France betitelt ist, bringt außer Wagner-Porträts und Artikeln französischer Komponisten und Kritiker auch eine Anzahl bisher unveröffentlicher Briefe, die Wagner 1859—1865 an Gasperini und Léon Leroy geschrieben hat. Ein Aufsatz Dubuissons über Wagner und seinen Pariser Verleger Flarland enthält ebenfalls unbekannte Briefe aus den Jahren 1859—1869.

Hochschulnachrichten. Der o. Honorarprof. für Zoologie an der Breslauer Univ. Geh. Rat Dr. Emil Rohde ist von den amtlichen Verpflichtungen entbunden worden.

Dr. rer. pol. Wilhelm Bleugels hat sich an der Univ. Köln als Privatdozent für wirtschaftliche Staatswiss. und Soziol. habilitiert.

Der moderne Roman von Fontane bis Thomas Mann wird von Dr. Hugo Dieber in einem Vorlesungs-Zyklus an der Lessing-Hochschule behandelt, der am 2. November, abends 9 Uhr, in der Fürstin-Bismarck-Schule, Sybelstr. 2—4, beginnt.

Konzerte von heute: Beethovensaal: Neuhebräische Musik (Jurjewskaja, Scheidl, Szecher, Kroyt) (8).

Herbstföhn.

Roman

Von

Hans Härlin.

(11. Fortsetzung.)

Er griff nach ihrer Hand und zog die leis [illegible]

nachher auf den Siegmarshof hinüber."

Frau Lene zerdrückte eine Brotkrume und sagte langsam: „Mußt du? Sag mal, machst du die Frau nicht unsicher, wenn du jeden Tag hinübergehst? Du lobst doch immer ihren hellen, praktischen Verstand, und was sie gestern Abend von der Geschäftseinteilung sagte, schien mir wirklich schon recht gut überlegt. Wenn du aber immer drüben bist, sehen dich die Leute doch noch als Herrn an, und sie lernt die eigentlichen Schwierigkeiten nicht kennen."

Hirzels Stirne furchte sich schon mit den Runen der Ungeduld. Die Frau sah das Gefahrsignal und goß ihm langsam noch eine halbe Tasse Tee ein. Er lächelte und sah sie an. Dann klopfte er ihr auf die Schulter und sagte: „Wollen wir nicht mit offenem Visier kämpfen? Bist du eifersüchtig?"

Frau Lene wurde ein klein wenig rot und sagte zögernd: „Noch nicht — ich glaube auch nicht, daß ich's noch richtig werden kann — wie früher. Aber besorgt bin ich. Du wachst die halbe Nacht oder mehr und quälst dich mit einer Schreiberei, die du nachher nicht gelten läßt. Das kenne ich doch und möchte dem üblichen Verlauf vorbeugen. Es wär doch auch so schade. Einmal muß der Krieg doch aufhören, und wie willst du dann mit Bothmer auskommen, wenn du dich so an seine Frau gewöhnt hast? Er sah mir nicht danach aus, als ob er sich ohne Widerspruch in seine Familie hineingreifen ließe. Es könnte so nett für dich und auch für mich sein, das angenehme Haus so in der Nähe."

Hirzel schwieg. Gegen diese Wahrheiten war schlecht anreden. Es war ganz gut, daß sie gesprochen waren. Er hatte sich schon so an Nora gewöhnt, daß er die innere Ruhe deutlich spürte, wenn er einmal durch irgend etwas verhindert wurde, gleich am Morgen auf den Siegmarshof zu gehen. Er sah einige Sekunden gerade vor sich hin und sagte dann — ohne Empfindlichkeit: „Du hast natürlich recht — wie immer. In meinem Alter sind Gewohnheiten gefährlich. Das alte Provinzleiden, dieser Hunger nach frischen Menschen von draußen. Aber gewiß, man muß sie sich sparen und darf sie nicht auf einmal verzehren. — Was machen wir jetzt?"

Lene sagte erfreut: „Geh doch auch eine Weile in die Stadt. Mir hat's gut getan. Geh nach München. Mutter freut sich, und ihr vertragt euch ja ein paar Wochen ganz gut."

Hirzel strich sich übers Kinn: „Weißt du, kurz hat's keinen rechten Sinn, und ein paar Wochen sind mir jetzt doch zu lang. Wenn ich nicht nach der Saat drüben sehe, wird sie mit solcher Pferdeschonung gemacht, daß Bothmer ein schiefes Gesicht ziehen könnte, wenn er heimkommt. Sie sind ja ganz leidlich gebettet, aber es kommt wirklich für sie darauf an, das Möglichste herauszuholen. Jedenfalls gehe ich heute nicht hinüber, sondern reite in den Wald. Fürs Altenteil bin ich zu ungebärdig, und der Elvira kann's nur gut tun, wenn ich ihr ein paar Pfund Winterspeck wegtrabe. Dieser Anton treibt eine schamlose Pferdemast und schwört immer, er füttere so gut wie nichts. Auch der Feldmann muß mit, daß er nicht ganz wintersteif wird. Die Sonne scheint sich einige Mühe zu geben." Lene nickte und half ihm dann eifrig beim Aufbruch.

Nach einem schönen Ritt auf langsam ansteigenden Waldwegen kam Hirzel bei seiner Jagdhütte an. Sie stand in freier Lage auf einem Hügel am Rand eines älteren Bestandes und diente ihm und dem Förster als Unterschlupf und zum Einstellen der Pferde. Von dort aus ließ sich jeder Teil des Waldes in mäßigem Fußmarsch erreichen.

Das Türschloß war unerbrochen, und das Dach hatte im Schnee und Regen nicht gelitten. Hirzel hatte die Hütte schon länger nicht mehr betreten, da sie ihm in der ersten Zeit nach seiner Heimkehr aus dem Felde zu weit gewesen war und auch weil hier allerlei Erinnerungen an den gefallenen Neffen und an die fröhlichen Jahre vor dem Kriege umgingen. Er stand mit den Zügeln in der Hand in der offenen Türe und sah nachdenklich auf den starken, rauheichenen Tisch, an dem sie früher oft getafelt hatten.

Aber die starke Halbblutstute roch den bekannten Stall und rieb aufmunternd ihre Nüstern an seiner Seite. Sie wußte gut, daß sie nicht in die Menschenabteilung gehörte, aber daneben war ihr Gelaß, und das sollte er aufmachen. Hirzel warf ihr die Zügel über den Hals und trat in die Hütte. Er schlug den Verschlußbalken der Stalltüre zurück, dann öffnete er, und das Pferd kam von selbst herein. Es wurde zugedeckt und angebunden und bekam etwas Futter aus dem aufgeschnallten Futtersack.

Hirzel setzte sich an den Tisch. Aber auf einmal überkam ihn ein banges Gefühl der Einsamkeit. Auch der Hund schnupperte überall herum, als suche er nach irgend etwas. Hirzel dachte an die besonders warme, frohe Stimmung, die an früheren Waldtagen aus dem nahen, natürlichen Nebeneinander von Menschen und Tieren geflossen war. Der große Jagdwagen, der die Gesellschaft damals herausgebracht hatte, stand nun wohlgedeckt in dem Schuppen des Altenteils, und die starken Braunen waren als Artilleriegäule gewiß schon lange von Granaten zerrissen worden oder kläglich an der Räude eingegangen. Und wo waren die Männer und Frauen jener Stunden? Da fehlte mancher, und den anderen war er fremd geworden. Hirzel dachte an das helle Lachen der kleinen Frau Hilde. Abgelebt und vertan wie die ganze Zeit.

Er rief den Hund und ging ins Freie. Draußen setzte er sich auf die Bank an der Hauswand. Die Sonne wärmte schön, und er fühlte, wie sie ihm die frühere Kraft wiederbrachte. Auch der lange Ritt hatte ihn nur wenig angestrengt. Was sollte ihm nun diese Kraft? Mußte er sie wieder der Allgemeinheit darbringen? Er wußte vom Arzte, daß sie im Heeresdienst in wenigen Wochen erschöpft sein würde; auf dem Siegmarshof war mehr aus ihr zu machen. Er lächelte und träumte fast wunschlos in die rinnende Zeit hinaus. Vogelstimmen waren um ihn her, und er atmete mit Behagen den kräftig-herben Geruch des modernden Buchenlaubs. Die Erregung der Nacht löste sich in freundlichen Bildern auf. Er dachte an das Ehegeplauder beim Frühstück. Lene war doch so gut — wie sie klug war, wie konnte ihn die andere nur so locken? Sie war jünger, und dann vor allem der Hauch von draußen, in der Kleidung, der Ordnung der Haare, in Worten und Bewegungen. Auch sie schien Freude am Neuen zu haben. Sie hatte sich ungewöhnlich rasch eingelebt, und es erheiterte ihn immer, wenn er sie von Menschen und Oertlichkeiten, deren Namen nicht für ihre Zunge gebaut waren, in ihrer drolligen Betonung reden hörte.

Konnten die beiden Frauen nicht Freundinnen werden? Sie mußten sich doch beide achten, und die Güte war doch der Grundzug seiner Frau. Vielleicht war diese Güte stark genug, die keimende Eifersucht niederzuhalten. Warum sollten sie nicht eines Tages, in vertrautem Gespräch den Hügel heraufkommen und sich auf die Bank neben ihn setzen? Es würde ihm nicht so gut werden. Er kannte Lene zu genau, um unter dieses Bild nicht gleich den Titel „Märchen" zu setzen. Eine rasche körperliche Untreue hätte sie ihm leicht verziehen. Die natürlich Empfindende dachte so vernünftig über diese Dinge. Aber wenn eine fremde, schöne Hand in die Gemeinsamkeit des Denkens und Fühlens griff, in ihren wertvollsten Frauenbesitz, dann erstarrte sie.

(Fortsetzung folgt.)